

Das türkis-grüne Regierungsprogramm:



**Eine Analyse mit
Schwerpunkt
Verteilung & Klima**

**// MOMENTUM
/ INSTITUT**

/REGIERUNGSPROGRAMM

Sinkende Steuern vor allem für UnternehmenInnen und AnlegerInnen und niedrigere Tarife bei der Einkommensteuer, eine Fortsetzung des rechten Asylkurses von Türkis-Blau und viele ausgesparte Felder, die die Regierung offenbar nicht mehr angreifen möchte: etwa die Mindestsicherung.

Verteilungspolitisch bringt Türkis-Grün wenig bis nichts: die Steuerensenkungen kosten Milliarden, Vermögensteuer und Erbschaftsteuer kommen nicht.

Fortschritten im Energie- und Heizungskapitel steht ein Verkehrskapitel gegenüber, das vor allem vage bleibt. Zwei Milliarden Euro mehr für die Öffis sind dabei eine gute Idee. Das im Regierungsprogramm aber für die CO₂-Steuer (oder ein nationales Emissionshandelssystem) nicht einmal ein Volumen oder ein ungefährer Bereich angegeben wurde, ist absurd.

Viele Vorhaben bleiben ohne budgetäre Bedeckung oder garantiertem Volumen, darunter neue Kinderbetreuungsplätze oder der Ausbau der Frauenhäuser.

Auf den nächsten Seiten findet ihr unsere Analyse zu den einzelnen Themen des veröffentlichten Regierungsprogramms von Türkis-Grün.

/ Ein Überblick

/ Klimaschutz und Energie

- / + Erneuerbare Stromerzeugung bis 2030
- / + Verbot von Ölheizungen, und verpflichtender Austausch, Plan für Ausstieg aus Gas im Neubau
- / o Green Deal nicht als staatliches Investitionsprogramm, sondern als Subvention für Unternehmen

/ Verkehr

- / + Zwei Milliarden für Nah- und Regionalverkehr
- / + Senkung der Bahnstrom-Abgabe
- / o Flugticketabgabe steigt für die meisten Flüge deutlich
- / o Große Ziele für Radverkehr, schwache Maßnahmen
- / – Straßenbaustopp oder niedrigere Tempolimits nicht im Programm enthalten, weiteres Vorgehen der ASFINAG unklar
- / – Keine verpflichtenden Abbiegeassistenten für Lkw

/ Umwelt

- / o Luftqualität bleibt ohne konkrete Maßnahmen
- / o Bodenversiegelung: äußerst ambitioniertes Ziel ohne konkrete Maßnahmen

/ Staat und Verfassung

- / + Open Data Ausbau
- / + Abschaffung des Amtsgeheimnisses

/ Wirtschaft & Finanzen

- / o Senkung der Steuerquote auf 40% verhindert Spielraum zur Bewältigung des demographischen Wandels
- / o Niedrigere Lohn- und Einkommensteuer ohne Fokus bedeutet starke Einnahmehausfälle, Millionärssteuer läuft ersatzlos aus
- / o Ökosoziale Steuerreform bleibt vage: während niedrigere Steuern genau festgeschrieben sind, fehlt CO2-Preis oder Volumen der Klimabesteuerung gänzlich.
- / – Bei Konjunkturabschwächung sind Klimainvestitionen gefährdet oder Sparpaket notwendig (weil: Bekenntnis zu Nulldefizit)
- / – Weiterhin keine Erbschafts- und Vermögenssteuern
- / – Senkung der Unternehmenssteuern (KöSt) kostet bis zu EUR 2 Mrd. und bringt wenig für die Konjunktur
- / – Steuertechnisch sinnvolle Kursgewinnsteuer auf Aktien und Fonds wird abgeschafft

/ Soziale Sicherheit & Pensionen

- / o Automatisches Ehegattensplitting für die Pension löst nur Symptome, hilft nicht gegen Kinderbetreuungs-Mangel
- / – Zahl armutsgefährdeter Menschen soll halbiert werden, Maßnahmen dafür bleiben aus
- / – Keine Verbesserung der Mindestsicherung

/ Bildung

- / + Chancenindex kommt zumindest als Pilotversuch
- / o Mehr PsychologInnen und mehr Administrationskräfte für Schulen: oft gefordert, aber auch im Regierungsprogramm nicht mit Zahlen und Budget unterlegt.

/ Pflege & Gesundheit

- / + kein Ausbau von Selbsthalten
- / + Regelfinanzierung für Hospiz- und Palliativversorgung
- / + Vollfinanzierte Psychotherapieplätze
- / + Aufwertung der schulärztlichen Versorgung
- / o Pflegende Angehörige sollen entlastet werden
- / – Großer Wurf bleibt aus, kein konkretes Volumen für groß angelegten Ausbau der Versorgung
- / – Fehlende Maßnahmen zur Reduktion von Privat- und Zweiklassenmedizin
- / – keine Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege
- / – Türkis-blauer Umbau der Sozialversicherung wird nicht rückgängig gemacht

/ Arbeit

- / o Arbeitszeitkonten und Sabbatical-Modelle zu begrüßen, bleiben aber an BesserverdienerInnen orientiert
- / – 12-Stunden-Tag bleibt
- / – Neue Sanktionen oder „Anreize“ für Arbeitslose

/ Frauen

- / + Aufstockung des Budgets von frauenspezifischen Einrichtungen
- / o Umstrittene Anzeigepflicht für sexuelle Gewalt bleibt, soll konkretisiert werden

/ Familien

- / + Unterhaltsproblematik wird erkannt
- / o 10000 Kinderbetreuungsplätze pro Jahr sollen neu geschaffen werden, nähere Angaben fehlen aber
- / – Kein Ausbau der Väterkarenz oder bezahlter Papamonat

/ Asyl & Integration

- / – Linie von Türkis-Blau wird de facto fortgesetzt
- / – Vorbeugehaft trotz Verfassungsbedenken
- / – Kopftuchverbot bis 14

/ Legende:

- + überwiegend positiv
- o neutral/zwiespältig
- überwiegend negativ

/ Klimaschutz, Infrastruktur, Umwelt & Landwirtschaft

/ Klimaschutz & Energie

Im Bereich Klimaschutz und Energie geizt das Regierungsprogramm nicht mit ambitionierten Zielen. Klimaneutralität soll bereits ab 2040 erreicht werden, um Jahre früher als in den Wahlprogrammen von ÖVP und Grünen gefordert. Ab 2030 soll die Stromerzeugung ausschließlich aus erneuerbaren Quellen kommen. Österreich soll konsequenter Klimaschutzvorreiter sein.

Auch in der Vergangenheit waren politische Ziele durchaus ambitioniert, es fehlten aber die Maßnahmen und die politische Konsequenz, um die Ziele auch zu erreichen. Der Nationale Klimaplan soll nachgebessert werden und ein Klimagesetz mit verbindlichen Zwischenzielen bis 2030 kommen, aber auch hier bleiben Details offen. Verbindliche Ziele sollen außerdem für unterschiedliche Sektoren festgelegt werden. Die Rolle des Umweltbundesamts soll gestärkt werden, indem es ein zeitnäheres und laufendes, unabhängiges Monitoring der Klimapolitik abliefern.

Der derzeit mit rund EUR 120 Mio. Jahresbudget dotierte Klima- und Energiefonds soll budgetär aufgestockt werden, eine Zahl fehlt allerdings.

Die Verwaltung soll mit gutem Beispiel vorangehen und alle Institutionen des Bundes inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen, sollen eine thermische Sanierungsquote von 3% umsetzen, ab 2021 Ökostrom beziehen und ihren Fuhrpark ab 2022 auf emissionsfrei betriebene Fahrzeuge umstellen. Auch das Vergaberecht wird genützt, um regionale und saisonale Beschaffung umzusetzen.

Eine Sanierungsoffensive durch stärkere Förderungen soll angestoßen werden, um eine thermische Sanierungsrate von 3% zu erreichen. Dabei soll auch die Sanierungsqualität berücksichtigt werden, indem Nullemissionsgebäude nach und nach zum Standard werden. Für Elektrofahrzeuge lautet das Ziel, bei allen Neubauten Lademöglichkeiten anzubieten.

Im Bereich Heizung wird Fernwärme (die Stück für Stück „grüner“ werden soll) forciert und auf Heizöl, Kohle und fossiles Gas verzichtet werden. Wenn mit der „Entflechtung“ der Wärmenetze eine Trennung zwischen Infrastruktur und Produktion analog der E-Wirtschaft gemeint ist, kann das kontraproduktiv sein, in dem es die Aufmerksamkeit weg vom Klimathema hin zu Regulierung wendet.

Durchaus mit Zähnen ausgestattet ist der forcierte Ausstieg aus Öl und Kohle im Gebäudesektor. Im Neubau ab 2020, bei Heizungswechsel ab 2021 und ein verpflichtender Austausch von besonders alten Kesseln soll ab 2025 gelten. Neue Gasheizungen sollen erst ab 2025 im Neubau nicht mehr zulässig sein.

Als Ziel werden 100% erneuerbarer Strom bis 2030 ausgegeben. Eine Reform der Ökostromförderung soll die nötigen 27 TWh Produktionskapazität schaffen. Im Programm finden sich detaillierte Zahlen für die jeweiligen Energieträger: Ein 1-Mio-Dächer-Programm soll die Leistung aus der Photovoltaik erhöhen. Das Unterstützungsvolumen dafür soll durchschnittlich EUR 1 Milliarde pro Jahr betragen. Die Streichung der Eigenstromsteuer macht eigene Stromerzeugung für Unternehmen in größeren Anlagen rentabler und trägt damit zum Ausbau erneuerbarer Energie bei, sie war aber schon von der alten Regierung in Aussicht gestellt worden.

Europaweit will sich die Regierung für einen Ausstieg aus Kohle und Atomenergie einsetzen. Das schon aus dem Wahlkampf bekannte Wasserstoff-Thema hat es auch ins Regierungsprogramm geschafft, hier sollen neue Technologien vor allem für Verkehr und Industrie entwickelt werden.

Ein „Green Deal“ ist nicht als staatliches Investitionsprogramm vorgesehen, sondern als Umweltförderungen für industrielle Projekte für mehr Energieeffizienz.

Positiv zu sehen ist die Aufstockung der angewandten und der Grundlagenforschung im Energiebereich.

/ Verkehr & Infrastruktur

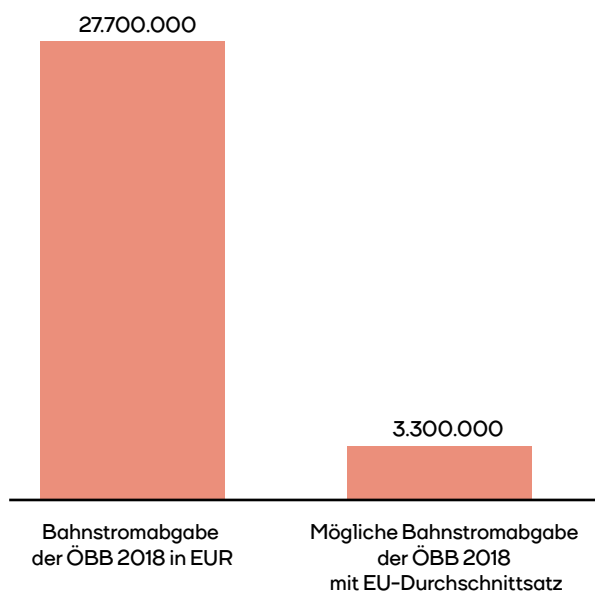
Die Sicherstellung eines stündlichen, ganztägigen ÖV-Angebots in Stadt und Land liest sich sicherlich gut. Gerade in den Regionen abseits der Ballungszentren macht das jedoch massive Angebotsausweitungen und damit deutliche Mehrausgaben nötig. Details sind offen.

Das 1-2-3-Österreich-Ticket hilft bundesländer-übergreifenden PendlerInnen sicher. Der Haupthebel, um die Nutzung der Öffis zu erhöhen, ist aber die Infrastruktur und das Angebot. Für den Öffi-Ausbau ist eine zusätzliche Milliarde für die Ballungsräume vorgesehen und eine Milliarde für den Regionalverkehr; die Bundesländer müssen allerdings eine Kofinanzierung über einen noch unbekanntem Schlüssel stemmen. Das ist selbst aufgeteilt auf fünf Jahre nicht wenig Geld und kann sicher dazu beitragen, das Angebot zu verbessern – der sprichwörtliche Quantensprung ist es nicht. Gerade im Infrastruktur-Bau muss zudem auf das Tempo geachtet werden, lange Vorbereitungs- und Planungszeiten lassen eine Realisierung innerhalb der Legislaturperiode zur Ausnahme werden.

Die Senkung der Energieabgabe auf Bahnstrom von EUR 15/MWh auf rund EUR 2/MWh ist eine gute Nachricht. Sie verkleinert eine absurde Ungerechtigkeit, bei der Flugbenzin nicht, aber grüner Bahnstrom deutlich besteuert wird. Die Ersparnis soll zu günstigeren Tickets führen, für den Konsumenten wird sich das aber wenig bemerkbar machen.

Das kommt daher, dass sich die ÖBB zwar knappe EUR 24 Mio. spart, umgerechnet auf die 260 Millionen jährlichen Fahrgäste sind das aber gerade einmal 9 Cent pro Fahrt. Die großen Brocken bei der Ökologisierung des Verkehrs liegen also an anderer Stelle.

/ Bahnstrom-Abgabe: Hohe Ersparnis für die ÖBB möglich



Grafik: Momentum Institut • Quelle ÖBB Geschäftsbericht, BMF

Im Verkehrssicherheitsbereich wünscht man sich allgemein weniger Verkehrstote. Beim umstrittenen Thema Abbiegeassistent für Lkws haben sich hingegen die Frächter und die ÖVP durchgesetzt: hier gibt es keine Umrüstungsverpflichtung.

Große Ziele gibt es für den Fahrradverkehr, dessen Anteil von 7% auf 13% fast verdoppelt werden soll. Die für den Bund vorgesehen Maßnahmen (Kilometergeld für dienstliche Radfahrten, Förderung für betriebliche Räder und Abstellmöglichkeit etc.) werden das Ziel allein aber keinesfalls erreichen.

Im Straßenverkehr ist vor allem interessant, was nicht im Papier steht: der von den Grünen geforderte Straßenbaustopp ist nicht zu finden. Auch zu konkreten Autobahnbauprojekten der ASFINAG findet sich keine Zeile. Zumindest die unseligen 140-kmh-Strecken auf der Autobahn werden sofort beendet. Eine grundsätzliche Tempolimit-Senkung ist aber kein Thema.

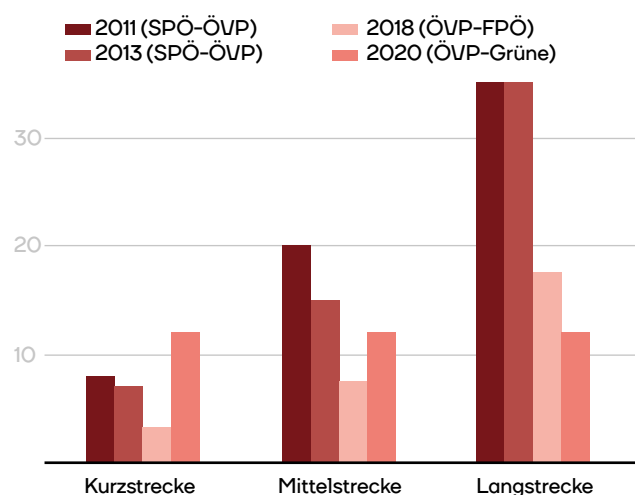
Auch das Dieselprievileg bleibt unangetastet. Dass ein so bedeutender Punkt im Verkehr & Infrastruktur Bereich überhaupt nicht aufscheint, ist überraschend. Denn die im Vergleich zu Benzin günstigere Besteuerung von Diesel sowie der generell Kraftstoffpreisunterschied zu unseren Nachbarländern hätten alleine das Potenzial, den gesamten Treibhausgasausstoß Österreichs um 7–9% zu senken.

Im Güterverkehr soll ein Einfrieren der Schienenmaut für drei Jahre den Transport auf Schiene voranbringen. Auch zusätzliche Subventionen sind angedacht.

Für den Flugverkehr wünscht man sich neben einer besseren Öffi-Anbindung des Wiener Flughafens vor allem internationale CO2-Reduktionsmechanismen. Die seit 2011 existierende Flugticketabgabe, die bisher je nach Reiseweite zwischen EUR 3,50, EUR 7,50 und EUR 17,50 betragen hat, wird einheitlich auf EUR 12 festgesetzt. Das führt dazu, dass vor allem Flüge innerhalb Europas und des Mittelmeers preislich etwas unattraktiver werden. Existierende Steuerprivilegien für den Flugverkehr (Kerosin, Mehrwertsteuer) werden aber nicht angetastet. Flugtickets für die Langstrecke werden sogar um ein Euro billiger, wenn auch insgesamt die Einnahmen durch die Abgabe steigen dürften.

/ Flugabgabe: Häufig gesenkt, nun erhöht

Höhe der Flugticketabgabe seit ihrer Einführung 2011



In EUR pro Abflug. „Kurzstrecke“ umfasst: Europa, Mittelmeer-Anrainerstaaten
Grafik: Momentum Institut • Quelle Statistik Austria, VCÖ

Ausbaumaßnahmen für die Öffis sind vorhanden und auch mit einer Zahl hinterlegt, das 1-2-3-Öffi-Ticket und die Senkung der Bahnstromabgabe sind sinnvoll. Man setzt also im Verkehrsbereich weiterhin stark auf Anreize. Maßnahmen, Autoverkehr in irgendeiner Weise (mit Push-Faktoren) unattraktiver zu machen, gibt es keine.

/ Umwelt- & Naturschutz

Die Bundesregierung tritt für den Erhalt der Artenvielfalt, den Verbund von Lebensräumen und die Förderung der Strukturvielfalt ein. Das Sustainable Development Goal „Gesundes Leben“ umzusetzen, also bis 2030 die Belastungen aufgrund gefährlicher Chemikalien oder Verschmutzung/Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden drastisch zu reduzieren, ist genauso ein Ziel wie die Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung und Wasserressourcen, die Luftqualität beständig zu erhöhen und die österreichischen Böden mit einer Bodenschutzstrategie nachhaltig zu erhalten.

/ Kreislaufwirtschaft fördern und Abfallpolitik gestalten

Um die Kreislaufwirtschaft zu fördern, reichen die Vorschläge von einer Weiterentwicklung und Umsetzung des Abfallvermeidungsprogrammes, über die Aufrechterhaltung des natürlichen Stoffkreislaufs und gesetzlichen Rahmenbedingungen über Ressourcenmanagement bis zur Unterstützung von Modellregionen beim Aufbau einer Kreislaufwirtschaft. Das klingt gut, konkrete Zahlen und Ausformulierungen fehlen aber auch hier.

In puncto Abfallvermeidung/-reduktion wird ein Maßnahmenpaket „Reparatur“ angekündigt, das steuerliche Begünstigungen für kleinere Reparaturservices, einen einfacheren Zugang für KundInnen ermöglicht, Re-Use-Aktivitäten oder Repair-Cafés fördert, Händlergarantien forciert oder finanzielle Anreize zur Wiederherstellung fördert. Zusätzlich werden langlebige, reparierbare und wiederverwertbare Produkte forciert, gesetzliche Rahmenbedingungen sollen den Mehrwegsystem-Ausbau auf den Weg bringen, ein Aktionsplan gegen Lebensmittelverschwendung über die gesamte Wertschöpfungskette endlich das Entsorgen genießbarer Lebensmittel abschaffen. Genauso soll in der Industrie angesetzt werden und ein Maßnahmenpaket geschnürt werden um die Verwendung von Sekundärrohstoffen bei Industrie, Verpackungen und Baustoffen zu attraktivieren. Zusätzlich soll die Reduktion von Plastikverpackungen um 20% gesetzlich festgeschrieben und ein Aktionsplan gegen Mikroplastik entwickelt werden, der zwar mit Unterpunkten ausgestattet, aber nicht mit handfesten Details beschrieben wird. Umwelttechnologie aus Österreich soll durch einen Masterplan „Umwelttechnologie“ ebenso unterstützt werden wie ein effizienter und reduzierter Chemikalieneinsatz durch Programme zur „Grünen Chemie“.

Diese Maßnahmen strecken sich von der individuellen Verantwortung als Konsument bis hin zur Verantwortung der Industrie und Gastronomie, was begrüßenwert ist. Eher negativ angemerkt werden kann, dass der Mix aus „Fordern und Fördern“ eher in Richtung finanzielles Fördern der Bauern geht als in Richtung Auffordern zu mehr Klimaschutz. Die einzig wirklich konkrete Forderung ist die Reduktion der Plastikverpackungen. Die hatte die ehemalige und neue ÖVP-Landwirtschaftsministerin allerdings schon angekündigt und muss per EU-Richtlinie ohnehin umgesetzt werden.

/ Artenvielfalt erhalten - Natur schützen

Vernünftig klingen auch die Absichtserklärungen zum Artenschutz, wie zum Beispiel die Erneuerung und Weiterentwicklung der nationalen Biodiversitätsstrategie („Biodiversitätsstrategie 2030“). Darauf folgen Punkte wie die Finanzierung eines Biodiversitätsfonds, der Unterstützung der Länder zur Ausweisung neuer und Erhaltung bestehender Wildnisgebiete, gemeinsam mit vielen anderen Maßnahmen, z.B. zur Wiederherstellung von degradierten Ökosystemen, Entwicklung von Biotop-Verbundsystemen, dem Schutz vor Naturgefahren oder der Reduktion von Palmöl in allen Produkten auf nationaler und europäischer Ebene. Der Schutz vor Naturgefahren wird ebenfalls mit einem Bekenntnis zu ausreichenden Mitteln als auch mit einer Konzentration auf dezentrale und ökologischen Hochwasserschutz mit ins Regierungsprogramm genommen.

/ Wasser schützen

Die wohl wichtigsten Punkte beim Thema Wasser dieses Regierungsprogramms betreffen die Erhaltung der Wasserversorgung in der öffentlichen Hand. Zweimal wird darauf hingewiesen, dass „Kein Ausverkauf der Ressource Wasser“ betrieben werden wird oder, dass die Trinkwasserversorgung in der öffentlicher Hand bleibt – ein Indiz dafür, wie wichtig dieser Punkt den Grünen ist.

/ Saubere Luft und besserer Lärmschutz

Ziel ist, die EU-Richtwerte zum Gesundheitsschutz und des Sustainable Development Goals 3 „Gesundes Leben“ einzuhalten, die Weiterentwicklung und Umsetzung des nationalen Luftreinhalteprogramms, Verbesserungen im ImmissionsschutzG-Luft, die Entwicklung von Aktionsplänen für lärmbelastete Gebiete oder einer Lärmschutzoffensive im Straßenverkehr sind weitere Aufgaben, die diese Regierung erledigen will.

/ Gesunde Böden und zukunftsfähige Raumordnung

Der Bodenverbrauch soll mit einem Zielpfad auf 2,5ha/Tag bis 2030 reduziert werden, in der Zwischenzeit sollen zusätzliche Bodenversiegelungen durch die Entsiegelung von anderen Flächen kompensiert werden. Das bundesweite Monitoring, Leerstandsmanagement und z.B. die Stärkung der überregionalen Raumplanung sollen Boden- und Flächenverschwendung zukünftig abschaffen. Obwohl das ein sehr ambitioniertes Ziel ist – liegt der aktuelle Flächenverbrauch doch bei 12,9 ha/Tag (Stand 2018) – ist es gut, dass die Bodenversiegelung endlich angegangen wird.

/ Umweltverfahren verbessern

Auch im Verfahrenswesen soll es Neuerungen geben, die zu begrüßen sind: Die Einrichtung einer Plattform für die Ankündigung und Veröffentlichung von (umweltrechtlichen) und auch aktuell bereits veröffentlichungspflichtigen Bescheiden bringt Kosteneinsparungen für Behörden und ProjektwerberInnen. Andere Vorschläge sind die Anpas-

sung des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes oder die Forcierung eines länderübergreifenden Inn-Vertrages mit Bayern und der Schweiz zur Verbesserung der Gewässer-Ökologie.

Umwelt- und Naturschutz sind ganz klar grüne Gebiete. Dabei haben sie auch wichtige Punkte in diesem Regierungsprogramm formuliert. Dass trotzdem nur das Ziel, die Bodenversiegelung bis 2030 auf 2,5ha/Tag von derzeit (Stand 2018) 12,9ha/Tag zu senken, mit einer Zahl belegt wurde, ist jedoch enttäuschend. Zusätzlich bietet diese schwammige Formulierung der Umwelt-ExpertenInnen dem Koalitionspartner erneut Wege, die Entwicklung konkreter Maßnahmen von vorneherein budgetär im Keim zu ersticken. Erneut bleibt auch hier die Frage der Finanzierung der Maßnahmen unbeantwortet.

/ Landwirtschaft und Tourismus

Im Bereich Landwirtschaft, der traditionell durch die ÖVP bedient wird, werden der Erhalt einer kleinstrukturierten, hoch qualitativen Landwirtschaft, die Sicherstellung einer Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln, der Erhalt einer multifunktionalen, nachhaltigen, wettbewerbsfähigen und flächendeckenden Land- und Forstwirtschaft sowie ein hoher Selbstversorgungsgrad als Ziele genannt. Gleichzeitig dürften sich die Grünen mit Maßnahmen für mehr Tierschutz in allen Betriebsgrößen, der Forderung von gentechnikfreier Lebensmittelproduktion, der Stärkung regionaler und saisonaler Produkte sowie dem Ausbau durchgängiger Qualitäts- und Herkunftssysteme eingebracht haben. Das klingt erstmaligut, im Detail fällt aber auf, dass vor allem die Landwirtschaft zusätzlich durch mehrere Maßnahmen unterstützt wird. Diese reichen von günstigeren AMA-Gütesiegel-Lizenzgebühren, dem Ausgleich zukünftiger Zahlungsausfälle an die Landwirtschaft durch den Wegfall der britischen EU-Gelder über das nationale Budget oder mehr Geld für die AGES bis hin zu einer Lockerung der Bestimmungen zur Buchführungspflicht etc. Letzteres hat unter anderem zur Folge, dass anstatt kleinere bäuerliche Betriebe zu fördern, Großbetriebe leichter in eine vorteilhafte (Teil-)Pauschalierung in ihrer Buchführung fallen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass im Gegensatz zu anderen, dieser Bereich des neuen Regierungsprogramms wirklich viele konkrete Maßnahmen beinhaltet – mit denen die ÖVP ihr Klientel sehr gut bedient. Gleichzeitig haben die Grünen geschafft, vor allem im Tierschutz Verbote und im Lebensmittelqualitäts-Schutz den Eintritt gegen MERCOSUR durchzusetzen. Weitergehende Verbindlichkeiten von Seiten der Bauern und Bäuerinnen um den Umstieg auf tatsächlich ökologisches und faires bewirtschaften sicherzustellen, wurden der ÖVP aber nicht abgerungen. Zusätzlich fehlt auch hier die Begründung, wie die einzelnen Maßnahmen finanziert werden sollen.

/ Staat & Verfassung

In diesem Bereich konnte das grüne Verhandlungsteam weitreichend punkten: So soll ein umfassender Grundrechtekatalog erarbeitet werden, öffentliche Aufträge an ökosoziale Vergabekriterien gebunden werden und eine Wahlrechtsreform sicherstellen, dass die Briefwahl einfacher und attraktiver wird. Umfangreich gestaltet sich auch das Kontroll- und Transparenzpaket, das die Abschaffung des Amtsgeheimnisses zum Ziel hat, ein einklagbares Recht auf Information vorsieht sowie die Pflicht zur aktiven Informationsveröffentlichung, etwa durch Schaffung eines Transparenzregisters. Alle Informationen sollen innerhalb von vier Wochen gebührenfrei zur Verfügung stehen.

Mehr Transparenz verordnet die Regierung auch den Parteien: Die Prüfrechte des Rechnungshofs werden gestärkt, alle Spenden über EUR 500 sollen offengelegt werden, anonyme Spenden auf EUR 200 begrenzt werden, Sachspenden ebenfalls erfasst sein. Ein Spendenverbot gibt es für Unternehmen, an denen die öffentliche Hand (mit)eteiligt ist. Außerdem werden die Strafen bei Überschreiten der Wahlwerbekosten erhöht und Vereine, die Ausgaben im Wahlkampf für eine Partei tätigen, miteingefasst.

Ein freies Spiel der Kräfte soll es im Parlament nach den Wünschen der türkisgrünen Regierung nicht mehr geben, Maßnahmen um Initiativanträge in Vorwahlzeiten zu verhindern, sollen zumindest geprüft werden.

/ Wirtschaft & Finanzen

/ Steuer-/Abgaben-/Schuldenquote und Nulldefizit erreichen

Eine Steuerquote von 40% bleibt, wie schon unter Türkis-Blau, ein wirtschaftspolitisch völlig sinnloses Ziel. Steuern erfüllen den Zweck, notwendige staatliche Aufgaben zu finanzieren. Gerade in den nächsten Jahren werden durch den demographischen Wandel die Ausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit steigen. Das ergibt sich ganz einfach wenn, wir das gleiche Versorgungsniveau wie heute in Zukunft für mehr Menschen bieten. Zwar sind diese Ausgaben durchaus vertretbar und prinzipiell problemlos finanzierbar, könnten aber bei ideologischen Dogmen wie „Steuer- und Abgabenquote keinesfalls über 40% des Bruttoinlandsprodukts“ nicht vorgekommen werden. Nur eine fatale Konsequenz davon ist, dass mehr alte Menschen in die Armut abrutschen.

Die Fortsetzung der türkisen Politik mit grünen Einsparungen ist ein Kompromiss, der bei Schönwetter gut halten wird. Denn solange die Konjunktur gut läuft, sinkt die Schuldenquote von alleine, während niedrige Zinsen den Staatshaushalt in den nächsten Jahren weiter entlasten werden und Ausgabenvolumen für den Klimaschutz freispielen. Hingegen ist nicht genau definiert, was bei einem Konjunkturabschwung passiert, der den Staatshaushalt einige Milliarden ins Defizit treiben würde. Was fällt dann zuerst, das Nulldefizit oder Klimainvestitionen? Oder einigt man sich gar auf Kosten von sozialen Belangen?

/ Entlastung bei der Lohn- und Einkommenssteuer

Einige der Tarifstufen bei der Einkommenssteuer sollen gesenkt werden. Das ist grundsätzlich positiv zu bewerten, weil Arbeit entlastet werden soll. Kritisch daran zu sehen ist, dass nicht klar ist, woher der Staatshaushalt den Einnahmefehl kompensieren soll, weil die ökologische Komponente der Steuerreform nicht ausformuliert ist. Unnötig an der Senkung der Grenzsatzsätze ist auch, dass dies nicht nur Niedrig- und Mittelverdiener betrifft. Auch der Millionär bekommt für diesen Einkommensbestandteil in absoluten Zahlen sogar eine höhere Entlastung. Das hätte man anders lösen können.

/ Millionärsteuer fällt ab 2021 weg

Gar nicht im Programm erwähnt wird der automatische Wegfall der von 2016 bis 2020 befristeten „Millionärsteuer“ für jene mit Lohneinkommen über EUR 1 Million im Jahr. Die Solidaritätsabgabe wird offenbar nicht verlängert. Nur diese Maßnahme bedeutet ein Steuergeschenk von über EUR 21.000 für 434 Personen, die im Schnitt EUR 1,93 Mio. Einkommen erhalten haben. Das ist kritisch zu sehen, weil gerade Personen mit über EUR 1 Mio. Einkommen einen höheren Beitrag zum Staatshaushalt leisten können – schließlich profitieren sie am meisten von

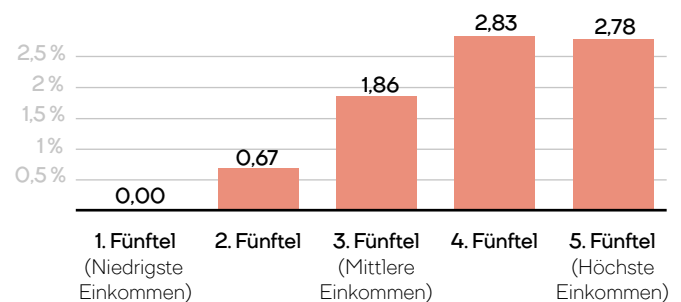
staatlicher Infrastruktur (Flughäfen, Autobahnen) und dem staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsapparat (Schutz von Hab und Gut).

/ Familienbonus

Ein weiterer Programmpunkt ist die Fortsetzung der türkis-blauen Familienpolitik mit der Erhöhung der Untergrenze des Familienbonus von EUR 250 auf EUR 350 und des Gesamtbetrags von EUR 1.500 auf EUR 1.750. Zumindest die Untergrenze von EUR 350 soll nun zukünftig nicht nur AlleinverdienerInnen zustehen. Einkommensschwache SozialleistungsempfängerInnen (Arbeitslose, SozialhilfebezieherInnen, Personen in Grundversorgung) profitieren davon jedoch nicht und dürften auch nach den gesetzlichen Änderungen keinen Familienbonus erhalten. Die Schieflage im Familienbonus, dass Kinder von einkommensschwächeren Eltern oder AlleinerzieherInnen nur einen Teil des Bonus erhalten können, wird somit nicht ausgebessert.

/ Verteilungswirkung der türkis-grünen Steuerreform

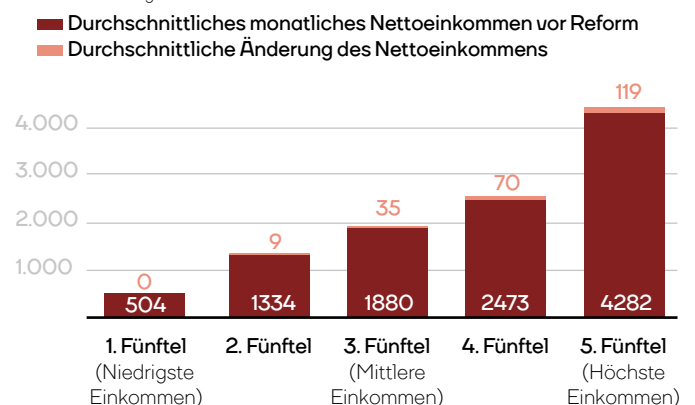
Ersparnis der Senkung der Tarifstufen der Einkommenssteuer und der Erhöhung des Familienbonus in % des Nettoeinkommens in jedem Einkommensfünftel.



Alle Personen in Österreich über 16 werden nach der Höhe ihres Einkommens sortiert und in 5 gleich große Gruppen aufgeteilt. Die Zahlen sind die durchschnittliche Ersparnis in jedem Fünftel in Prozent des durchschnittlichen Einkommens in jedem Fünftel. Die oberen 40% sparen sich also im Durchschnitt 3% ihres Einkommens. In der Simulation konnte nicht berücksichtigt werden, dass die Untergrenze des Familienbonus (Kinderertrags) zukünftig nicht nur für AlleinverdienerInnen, sondern für alle Familien mit Kindern gelten soll. Dies würde tendenziell die prozentuale Ersparnis der unteren Einkommensfünftel erhöhen. Grafik: Momentum Institut • Quelle Eigene Berechnung, SORESI

/ Wer profitiert wie viel von der türkis-grünen Steuersenkung?

Durchschnittliche Auswirkung der Senkung der Tarifstufen der Einkommenssteuer und der Erhöhung des Familienbonus.



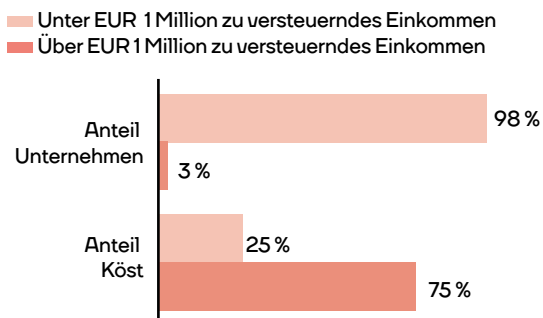
Werte in EUR. Alle Personen in Österreich über 16 werden nach der Höhe ihres Einkommens sortiert und in 5 gleich große Gruppen aufgeteilt. Die Zahlen sind die Durchschnittswerte in jedem Fünftel. In der Simulation konnte nicht berücksichtigt werden, dass die Untergrenze des Familienbonus (Kinderertrags) zukünftig nicht nur für AlleinverdienerInnen, sondern für alle Familien mit Kindern gelten soll. Dies würde tendenziell die Durchschnittsnettoeinkommen der unteren Einkommensfünftel nach der Reform erhöhen. Grafik: Momentum Institut • Quelle Eigene Berechnung, SORESI

/ Körperschaftssteuer von 25 % auf 21 % senken

Die Unternehmenssteuern für Körperschaften (Aktiengesellschaften, GmbH, usw.) sollen gesenkt werden, was dem Staat einen Einnahmefall von EUR 1,5–2 Mrd. beschert. Nicht nur das: Das Steuergeschenk an Großindustrielle und KonzerneigentümerInnen ist wirtschaftspolitisch völlig wirkungslos. Eine IHS-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Senkung der Körperschaftssteuer der schlechteste Weg ist, um Investitionen zu fördern. Auch gesamtwirtschaftlich ist sie wenig sinnvoll. Um kurzfristig durch sie ein Euro Wachstum zu erreichen, müssen zusätzliche EUR 2,6 Budgetdefizit in Kauf genommen werden - ein desaströses Verlustgeschäft, wenn das Ziel ist einem Konjunkturabschwung entgegenzuwirken. Gut dabei ist die Befreiung von der Kapitalertragssteuer für ökologische und ethische Anlagen, trotzdem besteht die Gefahr, dass die Liste an Ausnahmen zu lang wird. Verteilungspolitisch hilft eine solche Befreiung auch nur jenen mit hohem Geldvermögen. Ein weiterer negativer Aspekt der KÖSt-Senkung ist, dass Österreich damit wieder am schädlichen Wettlauf der Unternehmenssteuern nach unten teilnimmt und ihn zusätzlich aktiv befeuert.

/ Wer profitiert von der KÖSt-Senkung?

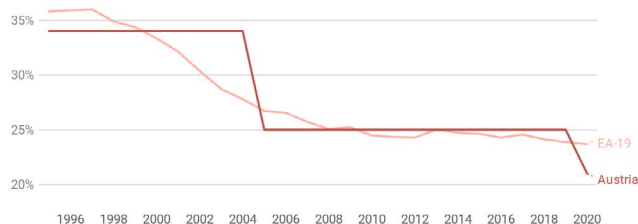
97,5 % der Unternehmen verzeichnen ein Einkommen unter einer Million Euro und tragen 25 % zum KÖSt Aufkommen bei. Tatsächlich von der KÖSt-Senkung profitieren also die verbleibenden 2,5 % der Unternehmen – und zwar jene mit einem zu versteuernden Einkommen über einer Million Euro.



Anteile der Unternehmen je Einkommen sind jeweils 97,5% für < EUR 1 Million und 2,5% für >EUR 1 Million. In dieser Darstellung wurden beide Anteile aufgerundet. Grafik: Momentum Institut • Quelle Eigene Statistik Austria Körperschaftssteuerstatistik 2015

/ Körperschaftssteuer: Race to bottom

Österreich verabschiedet sich mit seiner neuerlichen Senkung des KÖSt-Satzes vom Euro-Länder-Durchschnitt und feuert damit ein Race-to-the-bottom zwischen den Ländern an.



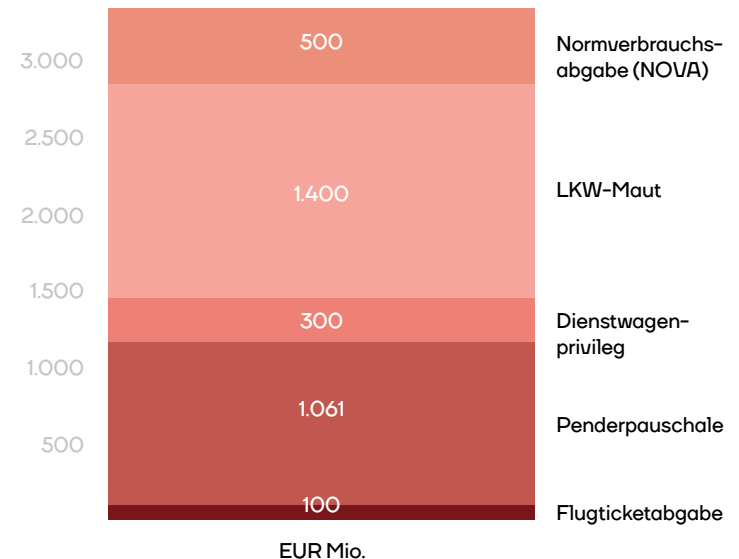
Die EA-19 ist eine Bezeichnung für EU-Staaten, die den Euro als Zahlungsmittel verwenden. Seit 2015 sind das Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, Slowakei, Spanien und Zypern. Grafik: Momentum Institut • Quelle Europäische Kommission

/ Steuerstruktur: Ökosoziale Steuerreform 2022

Während die Entlastungen zur Senkung der Steuer- und Abgabenquote auf 40 % mittels Entlastung bei Unternehmens- und Einkommenssteuern schon sehr konkret festgeschrieben sind, bleibt die ökosoziale Steuerreform vage. Grundsätzlich soll die Ökologisierung in zwei Schritten erfolgen, wobei die ersten Änderungen die Flugticketabgabe, das Pendlerpauschale, die Normverbrauchsabgabe, die LKW-Maut und das Dienstwagenprivileg betreffen. Insgesamt greift eine Ökologisierung dieser Bereiche Abgaben auf, die zur Zeit zirka EUR 3,4 Mrd. ausmachen. Dabei erhöht die einheitliche Flugticketabgabe (EUR 12) die Kosten für die Kurz- und Mittelstrecke und hilft somit den CO2-Zielen, senkt aber gleichzeitig die Kosten für die Langstrecke, die dort nicht eingerechnet werden. Eine Übersicht über die Volumen der betroffenen Bereiche zeigt die folgende Darstellung.

/ Von welchem Volumen sprechen wir eigentlich?

Die Ökologisierung des Steuersystems soll in zwei Schritten erfolgen. Daher betrifft der erste Schritt die folgenden Maßnahmen, die insgesamt ein Volumen von zirka EUR 3,4 Milliarden aufweisen.



Grafik: Momentum Institut • Quelle Eigene Berechnung, Statistik Austria, Parlamentarische Anfrage, ASFINAG Geschäftsbericht 2018

Der zweite Schritt, also das grüne Herzstück der ökosozialen Steuerreform, die CO2-Bepreisung, bleibt gänzlich unkonkret und soll ab 2022 kommen. Laut Regierungsprogramm soll das effizienteste ökonomische Instrument zur Kostenwahrheit bei CO2 eingesetzt werden. Eine CO2-Steuer bzw. ein nationales Emissionshandelssystem werden nur als Beispiele genannt. Danach wird eine Reihe von Kriterien und ein Implementierungspfad zur Erreichung der Klimaziele erwähnt, sowie eine Art „Ökobonus“ (genannt: „sektoral differenzierte Entlastungsmaßnahmen“) um sicherzustellen, dass es insgesamt „keine Mehrbelastungen für Wirtschaft und Private“ gibt. Insgesamt sind das alles nützliche Maßnahmen, aber ihre Allgemeinheit lässt Zweifel aufkommen, ob sie wirklich in der notwendigen Höhe kommen

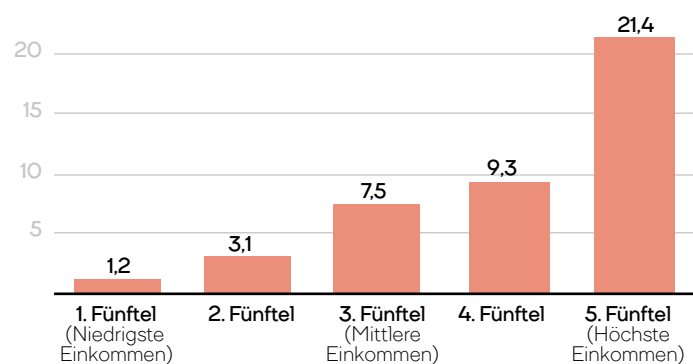
werden. Denn welche Verhandlungsposition hat Grün im Steuerstrukturbereich noch, wenn Türkis bereits alles was die Steuersenkungen betrifft, bekommen hat? Falls die ÖVP die Regierung vor 2022 platzen lässt, kommt die ökosoziale Steuerreform außerdem überhaupt nicht. Bis dahin müssen die Grünen zweimal (2020 und 2021) womöglich weiter steigende CO2-Emissionen verteidigen.

Obwohl ein zentraler Punkt des grünen Wirtschaftsprogramms, kommen weder Erbschafts- noch Vermögenssteuern in der kommenden Legislaturperiode. Auch sonst sind keine vermögensbezogenen Steuern vorgesehen, verteilungspolitisch wird sich in den kommenden 5 Jahren hier also nichts bewegen.

Im Gegenteil: Die Steuer auf Kursgewinne von Aktien und Fonds soll abgeschafft werden, sofern diese länger als eine bestimmte Zeit (z.B. 1 Jahr) nicht weiterverkauft werden. Tendenziell halten eher reichere Personen Aktien und Fonds, die sich eine solche Steuer problemlos leisten könnten, wie man unten, grafisch aufbereitet, sieht. Mit einem geschätzten Aufkommen von rund EUR 300 Mio. ist diese Umverteilung nach oben auch für den allgemeinen Staatshaushalt belastend.

/ Wer profitiert von einer Behaltfrist auf Fonds?

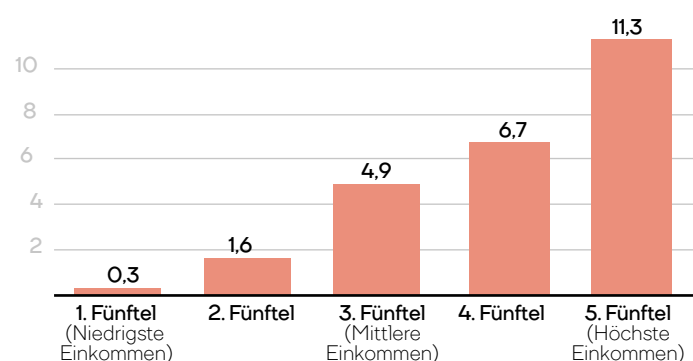
Prozent der ÖsterreicherInnen, die Fonds besitzen nach Nettovermögen



Grafik: Momentum Institut • Quelle: HFCS (2017)

/ Wer profitiert von einer Behaltfrist auf Aktien?

Prozent der ÖsterreicherInnen, die Aktien besitzen nach Nettovermögen



Grafik: Momentum Institut • Quelle: HFCS (2017)

/ Weitere Maßnahmendetails:

/ Belegschaft am Gewinn beteiligen

Zwar mag es in Einzelfällen sinnvoll sein, die Belegschaft am Gewinn zu beteiligen, aber eine generelle Gewinnbeteiligung könnte zu Lasten der Löhne gehen, sofern sich der gewerkschaftliche Teil der Sozialpartner dagegen nicht wehren kann. Das unternehmerische Risiko wird somit auf die Beschäftigten abgewälzt: In guten Jahren gibt es für gleiche Arbeit mehr Lohn, in schlechten Jahren weniger. Ein konkretes Modell wird jedoch seitens der Regierung noch nicht präsentiert. Neben der KÖSt-Senkung und der Senkung der Tarifstufen bei der Einkommenssteuer ist dies eine weitere Maßnahme aus dem alten türkis-blauen Regierungsprogramm aus 2017.

/ Glücksspiel

Positiv sind die aufgezählten Maßnahmen zum Glücksspiel zu werten, wie z.B. eine Prüfung der Bundesregierung, ob weniger Video-Lotterie-Terminals (Glückspielautomaten durch Bundeslizenzen) aufgestellt werden sollen. Bereits konkret geplante Maßnahmen gibt es aber noch keine. Man darf hoffen, dass sich der „Novomatic zahlt alle“-Sager von Heinz-Christian Strache nicht in der Blockade jeglicher konkreter Maßnahmen durch das Finanzministerium auswirkt

/ Privatpensionen und Kapitalmarkt fördern

Betreffend der Privatpensionen und dem Kapitalmarkt enthält das Regierungsprogramm ein staatliches Marketing-Programm für die Finanz- und Versicherungsindustrie. Eine Pensions-App soll eingeführt werden, in der alle drei Säulen dargestellt werden, um jedem Österreicher die Möglichkeit der Einzahlung in eine private Pensionskassa vor Auge zu führen.

Die „Abschaffung der privaten Kapitalgarantie“, bedeutet, dass es zukünftig möglich ist, weniger aus einer Privatpension herauszubekommen als man an Beiträgen eingezahlt hat. Zusätzlich verleitet sie einerseits zur riskanten Veranlagung und ermöglicht höhere Gebühren der Versicherungsindustrie – kein guter Zugang, der an Negativbeispiele wie die Riester-Rente in Deutschland erinnert. Die „Stärkung der Finanzbildung“ zielt darauf ab, mehr Österreicher zu AnlegerInnen zu machen. Die zumeist trotzdem ahnungslosen Personen sitzen dann einem nach Provision bezahltem Bankberater gegenüber, der ihnen risikoreiche Produkte wie Aktien und Anleihen verkauft – mit entsprechendem Gewinn für Banken und Versicherungen.

Auch sonst gibt es eine lange Liste an Plänen ausschließlich für den Kapitalmarkt. Positiv sticht dabei lediglich hervor, dass das Bestbieterprinzip bei öffentlichen Auftragsvergaben um ökologische Kriterien erweitert werden soll. Negativ ist, dass die Übererfüllung von EU-Richtlinien („Gold-Plating“), die zumeist aus guten Gründen erfolgt ist, wie schon unter Türkis-Blau abgebaut werden soll.

/ Industriepolitik

Mit der Erarbeitung einer nationalen Industriestrategie „Österreich 2040“ sollen Sektoren der Zukunft identifiziert und gefördert werden. Konkret findet sich aber wenig außer der Förderung von Unternehmensansiedlung und der von Start-Ups (Etablierung einer neuen Gesellschaftsform), eine Senkung der Mindesteinlage bei GmbHs auf EUR 10.000 sowie eine schärfere Kontrolle ausländischer Investitionen. Auch die ÖBAG, die Beteiligungsagentur des Bundes, wird nicht auf konkrete Ziele verpflichtet. Ihr notwendiger Umbau in eine schlagkräftige Industrie-Agentur fehlt im Programm. Nachdem eine Industriestrategie erst zur Industriepolitik wird, wenn Geld eingesetzt wird, lässt sich wohl nicht von echter Industriepolitik im Programm sprechen – wenngleich die Diskussion darüber schon ein Fortschritt im Vergleich zur Vergangenheit ist.

/ Kleinere steuerpolitische Maßnahmen & Internationales

Eine populäre Forderung, die es ins Regierungsprogramm geschafft hat, die real aber nur ein paar Euro im Jahr für Frauen bringt, ist ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Damenhygieneartikel („Tampon-Steuer“, wohl von 20 % auf 10 %). Passend zum Jahreswechsel wird des Weiteren die Schaumweinsteuer (Aufkommen rund EUR 20 Mio.) abgeschafft. Mehrere konkrete Maßnahmen für LandwirtInnen (3-Jahres-Gewinnverteilung, Einführung Gewinnrücktrag, usw.) und für FreiberuflerInnen (Ausweitung des Gewinnfreibetrags selbst ohne Investitionen auf EUR 100.000) haben es ebenfalls ins Regierungsprogramm geschafft. Die Abschaffung der Kalten Progression wird hingegen nur geprüft. Erfreulich ist, dass Österreich auf EU-Ebene zukünftig eine Kerosin- und Schiffsdieselbesteuerung vertreten und sich für europäische Zölle auf CO2 einsetzen wird. Das Bekenntnis zur Finanztransaktionssteuer ist auch positiv zu bewerten, wenngleich die ÖVP die Ablehnung des Vorschlags des deutschen Finanzministers Scholz, der mehr in Richtung Börsenumsatzsteuer geht, durchgesetzt hat. Die national eingeführte Digitalsteuer soll hingegen bleiben.

/ Ungedeckte Schecks

Nicht nur im Wirtschafts- und Finanzkapitel, sondern im gesamten Regierungsprogramm zählen die Koalitionspartner eine Reihe von Ausgaben auf, für die sie weder ein konkretes Modell noch eine grobe Orientierung in Form einer Zahl angeben. Im Anhang haben wir daher eine Tabelle über diese Ausgaben gemacht. Für die meisten ist unklar, wieviel sie kosten werden. Zum Teil können sie natürlich durch Einsparungen & Umschichtungen in diversen Budgets eingespielt werden, doch auch das ist zumeist nicht explizit angegeben. Die Liste heißt daher „Ungedeckte Schecks“.

/ Soziale Sicherheit, neue Gerechtigkeit & Armutsbekämpfung

/ Armutsbekämpfung

Im Kapitel Armutsbekämpfung möchte man die Zahl armutsgefährdeter Menschen (aktuell immerhin 1,2 Millionen Menschen) halbieren. Die Maßnahmen bleiben - gerade am Maßstab des grünen Wahlprogramms – aber schwach.

Ein Mindestlohn von EUR 1.750 findet sich nicht im Programm. Löhne, die unter den niedrigsten Kollektivverträgen liegen, sollen unter Einbindung der Sozialpartner erhöht werden. Erst wenn das nicht funktioniert, soll das Bundeseinigungsamt einschreiten. Die Senkung des Eingangssteuersatzes bei der Einkommenssteuer von 25 auf 20 Prozent bringt Geringverdienern keine großen Gewinne. Weiter erhöht wird der Familienbonus, indem die Untergrenze von EUR 250 auf EUR 350 pro Jahr und Kind und der Gesamtbetrag von EUR 1500 auf EUR 1750 angehoben wird. Als Armutsbekämpfungsmaßnahme taugt das allerdings nur wenig, weil MindestsicherungsbezieherInnen und Niedrigeinkommen keinen Familienbonus erhalten. Was ein „One stop shop“ als aktivierende Hilfe für Erwerbsfähige sein soll, wird die Regierung wohl noch beantworten. Offenbar um Energiearmut zu bekämpfen sollen Sachleistungen und Beratung im Energieeffizienzgesetz geregelt werden, konkrete Umsetzung und ein Budget fehlen allerdings.

Das bundesweite Kältetelefon hat den Vorteil, gut zu klingen - es stehen in diesem Regierungsprogramm sicherlich schon schlechtere Ideen. Konkrete Unterstützung für Obdachlose wie etwa der Housing-First-Ansatz oder den Ausbau von Delogierungsprävention wäre aber wichtiger.

In einem Bildungsschwerpunkt verspricht Türkis-Grün zudem mehr Personal im Administrations- und Psychologiebereich in den Schulen. Ein Budget bleibt man dafür aber schuldig, das chronisch angespannte Budget des Bildungsministeriums wird zusätzlichen Support kaum möglich machen.

Zusätzliche Ressourcen soll es für Schulen in sozial schwachen Gegenden („Brennpunktschulen“) geben, die höheren Bedarf an FörderlehrerInnen und Co haben. Das verbirgt sich hinter dem Begriff Chancenindex. Gefordert wurde er von so unterschiedlichen Playern wie dem neoliberalen Thinktank Agenda Austria und der Arbeiterkammer. Die Regierung will zumindest einen Pilotversuch wagen und dafür 100 Schulen in Österreich einbeziehen. Das ist besser als nichts, aber angesichts der Herausforderungen nicht gut genug - zumal bei einem Thema, bei dem eigentlich Einigkeit über die ideologischen Grenzen hinweg herrscht. Ganz-

tägige Schulen, mehr Elementarpädagogik-Ausbildungen, mehr Förderstunden (jeweils ohne Zeit- oder Kostenplan) sind ebenso vorgesehen, haben mit Armutsbekämpfung aber nur sehr mittelbar zu tun.

Begrüßenswert ist hingegen das Bekenntnis zu vollfinanzierten Psychotherapieplätzen und besseren Leistungen beim Zahnarzt. Wie genau die Bundesregierung vorhat, ihr Bekenntnis zu konsumfreien Räumen im praktischen politischen Alltag umzusetzen, wird uns gegebenenfalls überraschen.

Armutsbekämpfung ist nicht die starke Seite dieser Regierung. Einzelne positive Maßnahmen können nicht über den Gesamteindruck hinwegtäuschen, dass das Ziel von weniger Armut so nicht erreicht werden kann. Zur heiß umstrittenen Mindestsicherung findet sich im Regierungsprogramm kein Wort. Die Höchstsätze für Kinder und die Kürzungsbestimmung bei Nicht-Nachweis von hohen sprachlichen Kenntnissen hat der Verfassungsgerichtshof zwar gekippt, damit bleibt die Sozialhilfe neu als Stückwerk Ländersache. Aktuell sind im drittreichsten Land der EU 372.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet, 15 Prozent der MindestsicherungsbezieherInnen können ihre Wohnung nicht warm halten, ein Viertel wohnt unter desolaten Bedingungen und kämpft mit Schimmel, Fäulnis oder Feuchtigkeit. Ein bundesweit einheitliches und solidarisches soziales Netz zu knüpfen, nach dem Prinzip: „Grundrecht statt Almosen“ wäre als Paket gegen Armut überfällig.

/Freiwilligenarbeit

Um Ehrenamt und unbezahlte Hausarbeit sichtbar zu machen, soll sie in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfasst sein – eine gute Maßnahme, letztlich auch um Ansatzpunkte für sozialpolitische Verbesserungen zu finden. Aufgewertet wird das Freiwillige Soziale Jahr. TeilnehmerInnen sollen eine Österreich-Card der ÖBB erhalten, eine höhere Entschädigung und das Jahr auf einschlägige Ausbildungen angerechnet bekommen.

/Pflege

Generell problematisch ist der Fokus des Regierungsprogramms auf unbezahlte Pflege und Betreuung zuhause, angesichts der Tatsache, dass diese in vielen Fällen mit psychischen, finanziellen oder körperlichen Belastungen bei pflegenden Angehörigen einhergeht, und Frauen sowie Menschen in sozial weniger privilegierten Schichten besonders trifft. Statt die Infrastruktur auszubauen (z.B. mehr mobile Dienste im ländlichen Raum oder Schließen der Versorgungslücke während der Nacht), soll ein „Pflege daheim Bonus“ kommen. Ein Mehr-Augen-Prinzip bei der Festlegung des Pflegegelds und die Weiterentwicklung der Einstufung ist hingegen zu begrüßen. Insgesamt ist bei der Pflege kein großer Wurf gelungen. Letztlich geht es nur um kleine Schritte, die am bestehenden Setup geändert werden. „Community Nurses“ in hunderten Gemeinden sind sicher hilfreich, ebenso wie wohnortnahe Beratungsange-

bote. Das Bekenntnis zu „Bündelung und Ausbau der bestehenden Finanzierungsströme aus dem Bundesbudget unter Berücksichtigung der demografischen und qualitativen Entwicklungen“ wird jedenfalls zu wenig sein, um strukturelle Verbesserungen zu erzielen: Dazu wären großangelegter Infrastrukturausbau und flächendeckende Versorgung notwendig. Viele Maßnahmen sollen helfen, neues Personal für Pflege zu finden. Aber die Pflegelehre, das Setzen von Pflegeberufen auf die Mangelberufsliste und zusätzliche Kurz-Ausbildungskapazitäten werden eher nicht zur Aufwertung des Berufs beitragen, wenn nicht zum Gegenteil. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege wird nicht einmal versprochen. Als positiv kann die längst fällige Überführung von Hospiz- und Palliativversorgung in eine Regelfinanzierung gesehen werden.

/Pensionen

Erfreulich ist, dass die Regierung das Pensionssystem als „klar und sicher“ bezeichnet und keine grundlegende Neuausrichtung wünscht. Unerwähnt bleibt im Programm die Wiedereinführung der Hacklerregelung, die das Parlament kurz vor der Nationalratswahl 2019 noch beschlossen hat. Das Heranführen des Faktischen an das gesetzliche Pensionsalter zur Sicherstellung der Finanzierung steht wohl nicht zum ersten Mal in einem Regierungsprogramm. Inwieweit eine Informationskampagne zu Teilzeit und Frühpensionsantritt wirklich helfen kann, Altersarmut zu vermeiden, oder nur Angstmache betreibt, wird man an der Umsetzung sehen. Das automatische Pensionssplitting ist der ÖVP-Plan zur Verhinderung von Altersarmut, individualisiert das Problem von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, mangelnder Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. aber nur. Auf einen Kinderbetreuungsplatz gibt es weiterhin keinen Anspruch und für einen Ausbau der Plätze wird kein zusätzliches Geld locker gemacht.

/Arbeit

Das Arbeitslosengeld soll „weiterentwickelt“ werden: Anreize sollen arbeitslose Menschen dazu motivieren, wieder zurück ins Erwerbsleben zu kommen. Sollte das in Richtung gestaffeltes Arbeitslosengeld gehen, ist es hochproblematisch. Zu den ohnehin schwierigen ökonomischen, sozialen und psychischen Folgen von Arbeitslosigkeit kommt dann noch Angst vor zusätzlichen Sanktionen. Ins gleiche Horn bläst die Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose.

Sabbatical- und „Zeitkorridor“-Modelle ebenso wie das „Zeitwertkonto“ (nach einer Sozialpartnereinigung) sollen helfen, Auszeiten und kürzere Arbeitszeiten besser managen zu können. Das ist prinzipiell zu begrüßen, hier wird aber ausschließlich an BesserverdienerInnen gedacht, keines der angedachten Modelle bildet Lebensentwürfe unterhalb der Mittelklasse ab. Gerade im Niedriglohnbereich und für prekäre oder gefährdete Gruppen am Arbeitsmarkt hat das Regierungsprogramm hauptsächlich Verschlechterun-

gen zu bieten. Die Verschlechterungen der Regierung Kurz I werden nicht zurückgenommen, kein Wort zum 12h-Tag oder genereller Arbeitszeitverkürzung. Von einer Erweiterung der Ansprüche als ArbeitnehmerInnen über den Status quo (v.a. Elternteilzeit) hinaus ist nichts zu lesen. Die Effizienz des AMS soll geprüft werden. Der problematische AMS-Algorithmus, der ab Mitte 2020 automatisiert Arbeitslose in verschiedene Fördergruppen einteilen soll, wird in Kraft treten. Hinter der Erwähnung einer „evidenzbasierten“ Verteilung der Fördermittel im AMS zwischen Frauen und Männer könnte der Versuch stehen, das geltende arbeitsmarktpolitische Ziel abzuschaffen, dass 50% des Förderbudgets für Frauen reserviert werden muss. Die angekündigte Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen von 16 auf 20 Stunden für Frauen mit Kindern schlägt in die selbe Kerbe. Jedenfalls zu begrüßen ist, dass gemeinnützige und sozialökonomische Betriebe weiter gesichert sind. Sie übernehmen wichtige Rollen in der Arbeitsmarktintegration.

Die Senkung der Gehaltsgrenze bei der Rot-Weiß-Rot-Card kann zur Erleichterung von Arbeitsmigration und Lohn-dumping führen. Dass die Arbeitsagenden ausschließlich in türkiser Hand sind, erleichtert diese Vorhaben. Zu befürchten ist auch, dass die Arbeitsinspektorate auf Ministerweisung hin mit der Ausrede „Beraten vor Strafen“ künftig laxer gegen Verstöße gegen den Schutz der ArbeitnehmerInnen vorgehen.

/ Gesundheit

Das Versprechen, Selbstbehalte im Gesundheitswesen nicht weiter auszuweiten, darf als Erfolg der Grünen gelten. Das Bekenntnis zur Selbstverwaltung der Sozialversicherung klingt ein wenig hohl, wenn gleichzeitig kein Wort zu der sich aktuell in Umsetzung befindlichen Reform der Sozialversicherung verloren wird. Die ArbeitgeberInnen behalten also die Mehrheit in der Kasse der Unselbständigen. Bestehende und erfolgreiche bereits laufende Projekte wie Primärversorgungszentren sowie die telefonische Erstberatung 1450 werden weitergeführt. Das Problem mangelnder medizinischer Versorgung im öffentlichen Raum wird erkannt, zugleich fehlt aber die Finanzierung in anderen Teilen des Programms, um etwa das vertragsärztliche Angebot auszubauen. Das „Landarztstipendium“ als Anreiz für Studierende, nachher befristet in Österreich zu arbeiten, wird seine Wirksamkeit erst beweisen müssen. Ignoriert wird zudem die Tatsache, dass ein deutlicher Trend hin zu wahlärztlicher Versorgung zu beobachten ist, während die vertragsärztliche Versorgung stagniert. Dieser Trend ist verbunden mit einem Ansteigen privater Kostenbeiträge seitens der Patientinnen und Patienten, ein gutes Geschäft für private Zusatzversicherungen. Der Trend zur Privat- und Zweiklassenmedizin verschärft ungleiche Voraussetzungen im Zugang zu niedergelassener Versorgung, sowie Zugang zu elektiven Eingriffen im Krankenhaus (wie etwa Hüftoperationen o.ä.). Das Problem des Anstiegs der wahlärztlichen Versorgung wird im Programm nicht erwähnt, die öffentliche Ausgabenobergrenze im Gesundheitswesen

(deren Aufhebung beispielsweise das Schaffen von Kassenstellen ermöglichen würde) totgeschwiegen. Für Kinder und Jugendliche beinhaltet das Programm immerhin gute Neuigkeiten: das Feld der schulärztlichen Versorgung soll aufgewertet werden, oben bereits erwähnte School und Community Nurses werden angedacht. Zu hoffen bleibt, dass das Kompetenzwirrwarr im schulärztlichen Bereich (Finanzierung via Bildungs- versus Gesundheitsressort) im Sinne einer adäquaten Versorgung der Jüngsten ebenfalls aufgelöst werden kann. Eine Impfpflicht ist im Regierungsprogramm nicht zu finden.

/ Frauen

Eine substanzielle Aufstockung der Budgets von frauenspezifischen Einrichtungen wie Frauenhäusern ist eine gute Nachricht. Beim Nationalen Aktionsplan Gewaltschutz fehlt die Finanzierung. Die hoch umstrittene Anzeigepflicht bei sexueller Gewalt wird nicht angetastet, die Kriterien dafür sollen allerdings präzisiert werden. Eine Frauenquote von 40% in der Führung staatlicher Unternehmen ist ein zaghafter (warum nur 40%?) Schritt in die richtige Richtung, das Up-Skirting-Verbot schließt eine Lücke. Im Unternehmensbereich sind keine robusten Maßnahmen zum Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ vorgesehen. Zu einer gerechteren Aufteilung von Familienarbeit gibt es keine Ideen. Insgesamt fehlen ein Zeitplan, ein Budget. Der Frauenbereich hat für die Regierung ganz offensichtlich keine Priorität.

/ Familien

10.000 zusätzliche Betreuungsplätze pro Jahr sollen neu geschaffen werden. Mittelfristig soll ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr kommen. Einen Zeitplan oder Angaben zum Budget gibt es nicht. Positiv wäre es, wenn wie angekündigt Lücken in der Unterhaltssicherung geschlossen und Unterhaltsvorschüsse erweitert würden. Gerade das Unterhaltsthema bringt AlleinerzieherInnen oft in heftige Schwierigkeiten. Der Ausbau der Väterkarenz oder ein bezahlter Papamonat findet sich nicht im Programm. Eine Reform des überschuldeten FLAF wird angekündigt, de facto aber ohne konkrete Ziele.

/ Bildung, Wissenschaft, Forschung & Digitalisierung

/ Digitalisierung:

„Chancen der Digitalisierung“ werden in den verschiedenen Kapiteln angeführt, also durchaus erkennbar ist der Versuch, Digitalisierung als Querschnittsmaterie anzuerkennen. Ein Paket gegen „Hass im Netz“ kommt ohne umstrittene Vorschläge wie eine Klarnamenspflicht/„digitales Vermummungsverbot“ aus, die die ÖVP noch in der letzten Regierung gefordert hatte.

Im Urheberrecht soll ein (kleines) „Recht auf Remix“ entstehen, soweit das EU-rechtlich möglich ist, insgesamt möchte man ein modernes Urhebervertragsrecht schaffen und die KünstlerInnen gegenüber den Produktions- und Vertriebsgesellschaften stärken.

Große Fortschritte gibt es im Bereich Open Data, hier soll das Prinzip „open by default“ für nicht personalisierte Daten des Bundes gelten.

Das Thema Überwachung zeigt die völlig unterschiedlichen Ausgangspositionen der KoalitionspartnerInnen. Einerseits sollen gesetzliche Regelungen evaluiert werden unter Einbindung der Zivilgesellschaft, andererseits möchte man weiterhin – trotz negativen VFGH-Entscheids vor wenigen Wochen – verschlüsselte Messenger-Dienste überwachen.

Ein Digital-Check neuer Gesetze soll sicherstellen, dass neu geschaffene Verwaltungsprozesse immer auch digital, wenn möglich auch automatisiert vollzogen werden (können).

Weniger positiv ist das Fehlen systematischer Förderung von freier Software und freien Lizenzen im öffentlichen Sektor. Auch im Bildungsbereich fehlt das grundlegende Verständnis dafür, dass es nicht nur um die Digitalisierung von Lehr- und Lernunterlagen geht, sondern um offenen Zugang in Form von offenen Formaten und Lizenzen.

/ Medien

Das ORF-Archiv öffentlich und digital zugänglich zu machen, ist keine schlechte Idee; größere Freiheiten, etwa zur Stärkung öffentlich-rechtlicher Online-Angebote für den ORF fehlen allerdings im Programm. Eine Reform des ORF für mehr Unabhängigkeit? Fehlanzeige.

Dagegen ist eine erzwungene Kooperation des ORF mit Privaten eine fragwürdige Durchbrechung der dualen Logik.

/ Bildung

Der Chancen-Index kommt (siehe oben) als Pilotprojekt, die gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen nicht. Auch der von ExpertInnen kritisierte Deutschklassen-Ansatz wird nicht zurückgenommen.

/ Europa, Integration, Migration & Sicherheit

/ Asyl

Die Linie von Türkis-Blau in Rhetorik und Maßnahmen wird de facto fortgesetzt. Illegale Migration und Schlepperei sollte zurückgedrängt werden. Neue Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern durch Anreize und Sanktionen sollen abgeschlossen werden. Ein „grenznahe Asylverfahren“ kann bedeuten, dass AsylwerberInnen in Sammel-lager ohne Zugang zur Rechtsberatung durch unabhängige Organisationen gebracht werden. Die unabhängige Rechtsberatung wird nicht wieder aufgenommen. Wie so oft in Aussicht gestellt wird eine Beschleunigung der Asylverfahren. Biometrische Techniken sollen angewendet werden, um Herkunftsländer von AsylwerberInnen zu bestimmen.

Ebenso im Kapitel Asyl findet sich der Plan, Präventivhaft über Personen zu verhängen, die die öffentliche Sicherheit gefährden – wie das verfassungskonform sein kann, bleibt rätselhaft.

Ein Unikum ist auch ein genau beschriebener „Eskalationsmechanismus“, der letztlich in nur einem Thema, nämlich Asyl, die Tür zum koalitionsfreien Raum öffnet. Das kann sinnvollerweise nur heißen: im Falle von erneuten größeren Ankünften von AsylwerberInnen darf die ÖVP im Parlament mit der FPÖ gemeinsame Sache machen.

/ Integration

Die ÖVP konnte sich mit einem Kopftuchverbot bis 14 durchsetzen, bei dem völlig offen bleibt, wie es durchgesetzt werden kann und welche Folgewirkungen es hat. Zusätzlich sollen Islamische Bildungseinrichtungen verstärkt kontrolliert, und Eltern, die nicht ausreichend am Schulalltag partizipieren, mit Verwaltungsstrafen belangt werden.

/ Landesverteidigung

Kurz bleibt das Kapitel Landesverteidigung: So findet sich kein Wort zur Neuanschaffung von Kampfflugzeugen, aber ein Bekenntnis zur verfassungsmäßig vorgeschriebenen Luftraumüberwachung durch das österreichische Heer – größer könnte der Widerspruch nicht sein, muss doch die österreichische Kampfflugzeug-Flotte wohl zwingend um den Preis mehrerer Milliarden Euro diese Legislaturperiode erneuert werden. Oft diskutiert, nun versprochen ist die Einführung einer „Teiltauglichkeit“. Sie soll mehr junge Männer in den Grundwehr- bzw. Zivildienst bringen.

/Übersicht über fiskalpolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene

Plan	Volumen in Mrd.	Kapitel Regierungsprogramm	Seite
Lohn- und Einkommenssteuer	-4,709		
Lohnsteuer: Tarifstufensenkung	-3,9	Steuerreform & Entlastung	77
Auslaufen des befristeten 55%-Satzes für Einkommen über EUR 1 Mio.	-0,009		
Steuerfreie Kursgewinne bei Wertpapieren und Fonds (Behaltefrist einführen)	-0,3	Finanzen & Budget	71
Familienbonus ausweiten	-0,3	Armutsbekämpfung	235
Gewinnrücktrag für Einnahmen-Ausgabenrechner	?	Steuerreform & Entlastung	77
Neukodifizierung ESt	-0,2	Steuerreform & Entlastung	80
KEST-Befreiung für ökologische bzw. ethische Investitionen	?	Steuerreform & Entlastung - Klimaschutz & Energie	77/107
Unternehmenssteuern	-1,700		
Körperschaftsteuersenkung	-1,6	Steuerreform & Entlastung	77
Erhöhung Gewinnfreibetrag für Selbstständige	-0,1	Steuerreform & Entlastung	77
Erhöhte Sofortabschreibung GWG	?	EPU's & KMUs	95
Digitalsteuer ausbauen	?	Österreich in Europa/Welt	177
3-Jahres-Verteilung für Gewinne in der Landwirtschaft	?	Steuerreform & Entlastung	77
GmbH-Mindeststammkapital auf EUR 10.000 senken	?	EPU's & KMUs	95
Streichung Eigenstromsteuer auf erneuerbare Energieträger	?	Klimaschutz & Energie	112/113
Ökologische Strukturreform	?		
CO2-Bepreisung (CO2-Steuer, nationales ETS?)	?	Steuerreform & Entlastung	78/79
Sektorale Ausgleichsmaßnahmen für CO2-Bepreisung	?	Steuerreform & Entlastung	79
Flugticketabgabe einheitlich auf EUR 12	?	Steuerreform & Entlastung	78
Ökologische Pendlerpauschale	?	Steuerreform & Entlastung	79
Dienstwagenprivileg ökologisieren	?	Steuerreform & Entlastung	79
LKW-Maut ökologisieren	?	Steuerreform & Entlastung - Verkehr & Infrastruktur	78/133
Normverbrauchsabgabe (NOVA) ökologisieren	?	Steuerreform & Entlastung	78
Andere Verbrauchssteuern	-0,038		
Schaumweinsteuer abschaffen	-0,023	Steuerreform & Entlastung - Landwirtschaft, Tierschutz & ländlicher Raum	81/153
Reduktion der MWSt auf Damen-Hygieneartikel ("Tamponsteuer")	-0,015	Steuerreform & Entlastung	80

Plan	Volumen in Mrd.	Kapitel Regierungsprogramm	Seite
Andere Einnahmen	?		
Pflegeversicherung	?	Pflege	245
Prüfung			
Abschaffung der Kalten Progression		Steuerreform & Entlastung	80
Abschaffung der Mindest-KÖSt		Steuerreform & Entlastung	81
Steuerliche Entlastung im Kunst- und Kulturbereich		Kultur	50
Staatsausgaben & -investitionen	-5,7		
Regionalverkehrsmilliarde und Nahverkehrsmilliarde	-0,5	Verkehr & Infrastruktur	125/126
1-2-3 Öffi Ticket	?	Verkehr & Infrastruktur	122
Kontinuierlichen Bundeskofinanzierung für stündliche Öffi-Versorgung von allen Ortskernen	?	Verkehr & Infrastruktur	122
Bundesweiter Ausbau von Park/Bike&Ride Anlagen und Carsharing-Lösungen	?	Verkehr & Infrastruktur	122
Förderung von Pionierprojekten im Schienen-Nahverkehr (Zillertal Wasserstoffeisenbahn)	?	Verkehr & Infrastruktur	126
Elektrifizierung von 90% des Eisenbahnnetzes bis 2040	?	Verkehr & Infrastruktur	127
Fahrradoffensive: deutlicher Ausbau der Infrastruktur/ Routing/Rad-Öffi Kombination	?	Verkehr & Infrastruktur	129
Verlängerung S-Bahn nach Bratislava, Errichtung Flughafenspange Richtung Osten	?	Verkehr & Infrastruktur	134
Thermische Sanierungsquote von 3% durch öffentliche Hand (Vorbildwirkung)	?	Klimaschutz & Energie	106/108
Erhöhung Budget Klima & Energiefonds und der UFI	?	Klimaschutz & Energie	106
100% Strom aus erneuerbaren Energien bis 2030 (1-Million-Dächer Programm)	-4	Klimaschutz & Energie	112/113
Ausbau des Nachtzugangebots	?	Tourismus	170
Signifikante Erhöhung des Beitrags zum Green-Climate-Fund der UN	?	Österreich in Europa/Welt	182/188
(Schrittweise) Erhöhung der Entwicklungsgelder Richtung 0,7% des BNP	-1,2	Österreich in Europa/Welt	187
Nationaler Ausgleich der GAP-Mittel für Österreich im Falle einer Kürzung der EU-Mittel	-0,1	Landwirtschaft, Tierschutz & ländlicher Raum	156
2300 zusätzliche Planstellen + 2000 zusätzliche Ausbildungsplanstellen bei der Polizei	?	Innere Sicherheit	211
Schaffung einer Dokumentationsstelle für religiös motivierten politischen Extremismus (Vorbild DÖW)	?	Innere Sicherheit	220
Ausstattung des Bundesheers mit erforderlichen Ressourcen zur Erfüllung seines Auftrags (personelle/ materielle Ausstattung Miliz, Sanierung von Kasernen, Hubschrauberbeschaffung)	?	Landesverteidigung/Katastrophenschutz	225/228
Digitale Endgeräte für jede/n Schüler/in in Sekundarstufe I	?	Bildung	293
Breitbandausbau vorantreiben (flächendeckende Versorgung bis 2030)	?	Digitalisierung & Innovation	317
Ausstattung Justiz mit mehr Ressourcen (eventuell zusätzliche Planstellen im Bereich Asyl)	?	Justiz	27

Plan	Volumen in Mrd.	Kapitel Regierungsprogramm	Seite
Ausbau Kinderbetreuungsplätze (10000 pro Jahr)	?	Familie & Jugend	283
Projekt Community Nurses in 500 Gemeinden	?	Pflege	244
Diverse (kleinere) Maßnahmen und Förderungen	?		
Erhöhung der Volksgruppenförderung	?	Verfassung, Verwaltung & Transparenz	13
Steuerliche oder andere Anreize für "Reparieren statt wegwerfen"	?	EPU's & KMUs	95
Förderung sozialer Härtefälle bei Phase-Out aus Öl und Kohle	?	Klimaschutz & Energie	110
Förderung für Anlagen in Fernwärmenetzen mit Ziel Anhebung des erneuerbaren Anteils in Fernwärme um 1,5%/Jahr	?	Klimaschutz & Energie	111
Investitionsprämien für Investitionen in klimaschonende Technologien	?	Klimaschutz & Energie	117
Aufstocken Grundlagenforschung zu Ressourcenverfügbarkeit, Ökologie, biobasierter Wirtschaft	?	Klimaschutz & Energie	118
Förderangebote für emissionsfreie Antriebe von (Sammel) Taxis/Car-Sharing	?	Verkehr & Infrastruktur	131
Mehrkosten der Elektrifizierung von Busflotten finanziell fördern (für zeitgerechte Umsetzung der Clean Vehicles Directive)	?	Verkehr & Infrastruktur	132
Ausweitung Pendlerpauschale auf dienstliche Radfahrten	?	Verkehr & Infrastruktur	129
Verstärkte Förderung von Investitionen im Fußgängerverkehr	?	Verkehr & Infrastruktur	129
Schienengüterverkehr finanziell attraktivieren (höhere Förderungen bis zu EU-Limit)	?	Verkehr & Infrastruktur	132
Förderungsinitiative zur Erforschung alternativer Treibstoffe	?	Verkehr & Infrastruktur	135
Ausbau trimodaler Verkehrsknoten (Schiene, Straße, Wasser)	?	Verkehr & Infrastruktur	135
Finanzierung eines Biodiversitätsfonds	?	Umwelt- und Naturschutz	144
Aufstockung des Forschungsbudgets für alternative Pflanzenschutzmaßnahmen	?	Umwelt- und Naturschutz	155
Forschungsoffensive Bio- und klimataugliche Landwirtschaft	?	Umwelt- und Naturschutz	158
Finanzielle Anreize für Umstellung auf artgerechte Tierhaltungssysteme	?	Umwelt- und Naturschutz	160
Weitere finanzielle Unterstützung in Landwirtschaft für Digitalisierung, Aufforstung, Natura 2000	?	Umwelt- und Naturschutz	161
Erhöhung Haftungsrahmen Tourismusbank	-0,25	Tourismus	167
Schaffung von Eigenkapitalfonds für Tourismusbetriebe	-0,05	Tourismus	167
Fördermaßnahmen Klimaneutralität, finanzielle Unterstützung Umweltzertifizierung von Hotels; Förderung von Großevents	?	Tourismus	167
Förderung flexibler Kinderbetreuung in Tourismusbranche	?	Tourismus	168
Ausweitung EZA (vor allem bilaterale Mittel)	?	Österreich in Europa/Welt	187
Personelle Stärkung der Integrationskoordination im Bund	?	Integration	204
Ausbau von Integrationsmaßnahmen (Werte-, Staatsbürgerschafts-, Deutschkurse)	?	Integration - Arbeit - Bildung	204/ 260/291

Plan	Volumen in Mrd.	Kapitel Regierungsprogramm	Seite
Mehr Supportpersonal für Schule	?	Integration - Armutsbekämpfung - Bildung	204/ 236/294
Erhöhung der Anzahl von AmtsärztInnen	?	Innere Sicherheit	214
Wesentliche Erhöhung Zweckzuschuss Elementarpädagogik (Kindergarten), Ausbau ganztägiger Schulen am Land	?	Armutsbekämpfung - Bildung	236/297
Förderung Innovationsprojekte im Bereich gemeinnütziger Arbeit	?	Armutsbekämpfung	239
Aufwertung freiwilliges soziales Jahr (Anhebung der Entschädigung, Österreich Card)	?	Armutsbekämpfung	240
Ausbau Beschäftigungsangebote für Menschen mit Behinderung und Menschen über 50	?	Arbeit	259
Substantieller Ausbau der Sachleistungen im Bereich psychischer Gesundheit	?	Gesundheit	266
Ausbau Primärversorgung (Ordinationen, Facharztzentren)	?	Gesundheit	267
Ausbau Plätze Medizinstudium und anschließende Ausbildungen	?	Gesundheit	268
Substantielle Aufstockung Frauenbudget	?	Frauen	273
Implementierung Zeitverwendungsstudie und Studie zu Stadt-/Landflucht	?	Frauen	274
Laufende barrierefreie Ausstattung von Bildungseinrichtungen	?	Menschen mit Behinderungen/Inklusion	279
Ausbau/Absicherung von Kinderschutzzentren	?	Familie & Jugend	284
Ausbau Studienförderung	?	Wissenschaft und Forschung	307
Förderung Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich KMUs	?	Digitalisierung & Innovation	323

Das vorliegende Dokument ist die zweite Fassung der inhaltlichen Analyse und Bewertung des Regierungsprogramms 2020, die vom Momentum Institut vorgenommen wurde. Im Vergleich zur ersten Fassung (Schnell-Analyse) wurde der Text punktuell erweitert sowie diverse Abbildungen hinzugefügt. Einen ergänzenden Überblick über die Machtverteilung zwischen ÖVP und Grüne wird in einem zweiten Bericht, dem Ministerien-Check, bereitgestellt. Er befasst sich mit der Aufteilung der Ministerien und deren Kompetenzen unter den beiden Parteien. Das Dokument kann per PDF von folgendem Link heruntergeladen werden:

<https://www.momentum-institut.at/news/index-der-macht-wer-hat-wie-viel-einfluss-der-regierung>.

/ AutorInnen und Kontakt

Oliver Picek, Anna Hehenberger, Dominik Gries,
Barbara Blaha, Leonhard Dobusch, Lisa Hanzl,
Mattias Muckenhuber.

Stand: 13. Jänner 2020

/ Momentum Institut

Märzstraße 42/1,
1150 Wien, Österreich

kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at